

Niederschrift
der X/9. Sitzung
Stadtvertretung der Stadt Schmallenberg

Sitzungstermin: Donnerstag, 2. September 2021
Sitzungsbeginn: 17:35 Uhr
Sitzungsende: 19:23 Uhr
Sitzungsort: Großer Saal der Stadthalle in Schmallenberg, Paul-Falke-Platz 6

Anwesende:

Vorsitzender

Bürgermeister Burkhard König

Stadtvertreter

Dietmar Albers

Hans-Georg Bette

Markus Bette

Horst Broeske

Ulrich Cater

ab 17:40 Uhr während TOP 1 ö. T.

Dr. Thorsten Conze

Angela Degner

Dieter Eickelmann

Michael Eiloff

Rudolf Ewers

Michael Franke

Hartmut Fust

Annette Gerbe

Alexander Gödeke

Hubertus Guntermann

Marco Guntermann

Hubertus Heuel

Jürgen Meyer

Johannes Müller

Maike Ochsenfeld

Luca Putzu

Hannah Roßwinkel

Roman Schauerte

Bernd Schrewe

Andreas Schulte

Günter Schütte

Hubert Stratmann

Daniel Sztul

Stefan Vollmer

Friedrich Freiherr von Weichs

Dietmar Weber

Stefan Wiese

Jens Winkelmann

Von der Verwaltung

Technischer Beigeordneter Andreas Dicke

Stadtamtsrat Holger Entian

Stadtverwaltungsrat Andreas Plett

bis 19:12 Uhr Ende ö. T.

Schriftführerin

Stadtamtfrau Anja Lingemann

Entschuldigt fehlen

Matthias Albers

Mathias Geißler

Katja Lutter

Heinz-Josef Rötze

Dr. Matthias Schütte

Bürgermeister König eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt fest, dass zur Sitzung frist- und formgerecht eingeladen wurde und der Rat beschlussfähig ist. In der Einladung und per E-Mail sind den Ratsmitgliedern Hinweise zu Vorkehrungen und Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung des Corona-Virus mitgeteilt worden.

Die Tagesordnung ist in der Einladung aufgeführt. Herr König schlägt vor, im nichtöffentlichen Teil den TOP "Verschiedenes" zu verschieben und als TOP 6 zu behandeln.

Weitere Änderungsanträge zur Tagesordnung liegen nicht vor.

Die Stadtvertretung stellt einstimmig folgende Tagesordnung fest:

A. ÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

- | | | |
|----|---|-------|
| 1. | Einwohnerfragestunde | |
| 2. | 41. Änderung des Flächennutzungsplanes, Stadtteil Bad Fredeburg
Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbliche
Baufläche" im Bereich "Donscheid" mit Separierung von
Ausgleichsflächen
(im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des
Bebauungsplanes Nr. 173 "Donscheid")
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB | X/211 |
| 3. | Bebauungsplan Nr. 173 "Donscheid", Stadtteil Bad Fredeburg
(Aufstellung im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur 41.
FNP-Änderung)
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB | X/276 |
| 4. | Bebauungsplan Nr. 28 c "Weißer Stein I" - Teilabschnitt 3, Stadtteil
Bad Fredeburg - 3. (vereinfachte) Änderung
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a
BauGB
- Offenlagebeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB | X/247 |
| 5. | Sachstandsbericht zu Projekten der REGIONALE 2025 und zu
LEADER | X/261 |

6.	LEADER-REGION "4 mitten im Sauerland"; Förderperiode 2023-2027	X/279
7.	Antragstellung in verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes	X/262
8.	Hochwasserereignis am 14. / 15. Juli 2021 - Sachstandsbericht und Bereitstellung überplanmäßiger Haushaltsmittel	X/263
9.	Sonnenschutzanlagen Schulzentrum Schmallenberg a) Beschlussfassung über das Bauprogramm im Rahmen des Förderprogramms Klimaresilienz b) Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung	X/277
10.	Überörtliche Prüfung der Stadt Schmallenberg durch die Gemeindeprüfungsanstalt NRW	X/273
11.	Jahresabschluss 2020 a) Feststellung des Jahresabschlusses b) Verwendung des Jahresergebnisses c) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs. 1 GO NRW	X/249
12.	Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2021	X/252
13.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 1. HJ 2021	X/265
14.	Nachbesetzung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur	X/260
15.	Ersatzbestellung eines Vertreters für die Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hochsauerlandkreis mbH (WFG)	X/257
16.	Verschiedenes	

B. NICHTÖFFENTLICHER TEIL

Vorlage:

1.	Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Unterm Ebbeloh", Stadtteil Berghausen	X/254
2.	Veräußerung eines Bauplatzes im Baugebiet "Lehrs Kamp", Stadtteil Bracht	X/255
3.	Erwerb eines Grundstücks im Stadtteil Westfeld	X/271
4.	Erwerb eines Grundstücks im Stadtteil Bad Fredeburg	X/272
5.	Bebauungsplan Nr. 165 "Klosterblick" - Abschluss eines städtebaulichen Vertrages	X/274
6.	Verschiedenes	

A. ÖFFENTLICHER TEIL

TOP 1 Einwohnerfragestunde

Bürgermeister König teilt einleitend mit, dass in der Einwohnerfragestunde, deren Dauer auf 30 Minuten begrenzt ist, Einwohner/innen die Möglichkeit haben, mündliche Fragen an den Bürgermeister zu richten.

Zum Thema Gewerbegebiet "Donscheid" meldet sich Herr Friedrich Carmesin. Er führt aus, dass er betroffener Bürger einer anstehenden Maßnahme der Stadt Schmallenberg im Ortsteil Bad Fredeburg sei und legt dar, dass die Vorlage zum Gewerbegebiet "Donscheid" viele Fragen aufwerfe, die er hier nun stellen möchte. In der Vorlage sei beschrieben, wie der Prozess im vergangenen Jahrzehnt zu "Donscheid" gelaufen sei, u. a. befinde sich darin bezüglich der verkehrlichen Erschließung die Formulierung, dass das Ganze alternativlos sei. Gleichzeitig wolle man aber das Gewerbegebiet gewaltig erweitern. Seine Frage sei, wenn denn das Ganze alternativlos sei, ob es eine Plausibilitätsuntersuchung gebe.

Herr Achim Schäfer stellt dar, dass er selbst auch Betroffener sei und seine Fragen gehen - vor dem Hintergrund, dass eine Bedarfsanalyse noch nicht erstellt sei - dahin, in welcher Form Bedarf vorhanden sei, welche Art von Firmen sich dort ansiedeln sollen, wie die Hallengrößen sind, wie die Flächen begrenzt werden und wie viele Arbeitsplätze dort entstehen sollen.

Herr Christoph König stellt sich als ebenfalls betroffener Bürger vor und erklärt, dass sein Eindruck sei, dass im Gewerbegebiet Hochsauerland mindestens 50 % der Fläche nicht bebaut sei. Da komme die Frage auf, ob ein neues Gewerbegebiet erforderlich sei. Er stellt die Frage, ob die Stadt Schmallenberg Bemühungen anstelle, das Gewerbegebiet in nordwestliche Richtung zu erweitern.

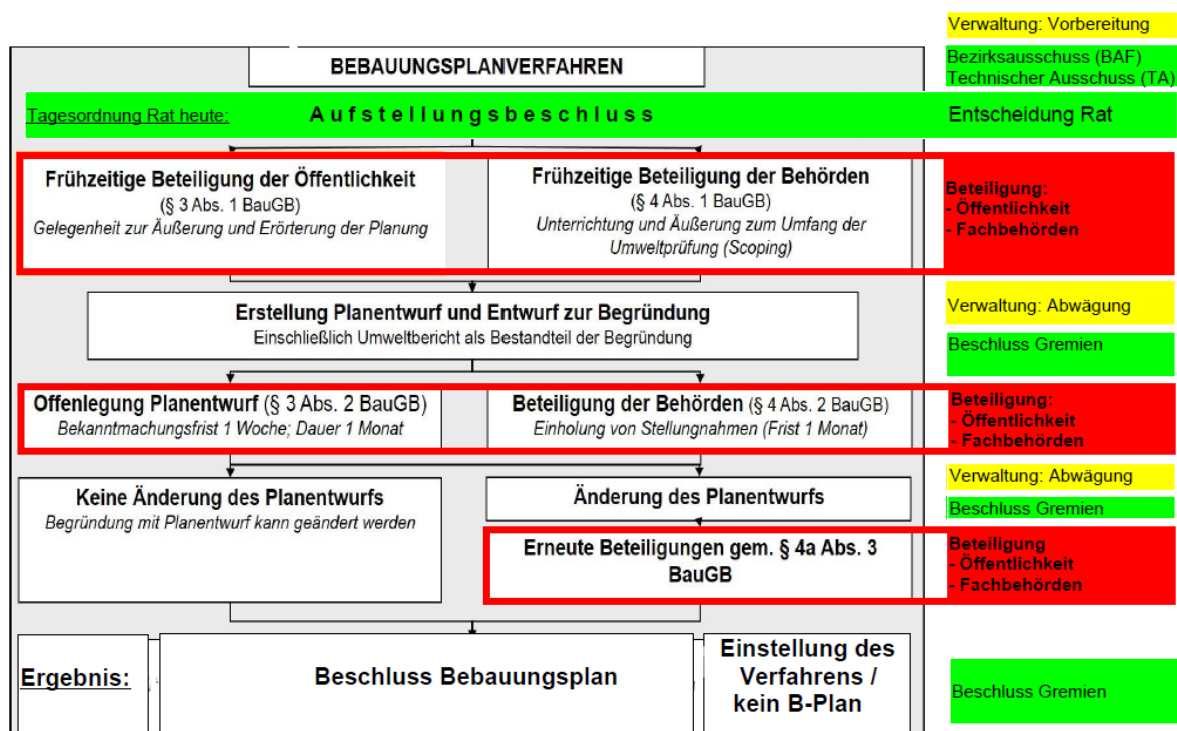
Bürgermeister König antwortet zur Frage von Herrn Carmesin nach der verkehrlichen Erschließung bzw. Brücke/Straße, dass es noch keinen Bebauungsplanentwurf gebe. Mit dem Aufstellungsbeschluss beginne das Aufstellungsverfahren. Der Bebauungsplan zeige dann auch die Erschließung. Zur Frage von Herrn Schäfer führt Herr König aus, dass der Rat heute die letzten freien Flächen im Gewerbegebiet Hochsauerland zur Veräußerung freigeben werde. Danach gebe es keine nennenswerten freien Flächen im Gewerbegebiet Hochsauerland mehr. Zur Frage von Herrn Christoph König antwortet Bürgermeister König, dass die Stadt nicht über freie Gewerbeflächen verfüge, diese seien in privater Hand. Was die von Herrn Schäfer nachgefragte Größe der Betriebe angehe, sei es Aufgabe des Bebauungsplanes, diese festzulegen. Hinsichtlich der Hallengröße verweist er auf die in der Vorlage dargestellte Höhenbegrenzung, man rede somit über deutlich kleinere Hallen. Bezüglich der angrenzenden Wohnbebauung sei zu beachten, dass, wenn es zu einer gewerblichen Nutzung komme, die Flächen verträglich sein müssen. Deshalb sei in der Vorlage auch das Instrument der Gestaltungssatzung erwähnt. Auf all die aufgeworfenen Detailfragen werde im Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplans und der Gestaltungssatzung eingegangen, diese werden dann beraten und festgelegt. Bezüglich der Arbeitsplätze nennt Herr König zwei Zahlen, zum einen die Arbeitslosenzahl, die mit rd. 3 % in Schmallenberg nahe an einer Vollbeschäftigung liege und zum anderen die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die in Schmallenberg rd. 11.000 betrage. Dank der gewerblichen Entwicklung sei es gelungen, die Arbeitslosenzahl niedrig und die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten hoch zu halten. Zur Frage der Notwendigkeit erklärt Herr König, dass es eine laufende Nachfrage nach Gewerbeflächen gebe. Er sei sich sicher, dass sich für das Gewerbegebiet "Donscheid" Interessenten finden werden, wenn das Gewerbegebiet dort entwickelt werde. Zur Fläche an sich teilt Herr König mit, dass man auch im Gewerbegebiet Hochsauerland über eine Erweiterung rede. Es sei bereits eine Fläche von 10 ha für die Regionalplanaufstellung an die Bezirksregierung gemeldet worden. Aktuell sei allerdings noch unklar, wann das Verfahren so weit sei, dass dort Bebauung möglich sei. Es sei mit drei bis vier Jahren zu rechnen.

Herr Carmesin mutmaßt, dass es sein könne, dass die Verwaltung fleißig an den Vorarbeiten für die Vorlage gesessen habe, als vor einigen Wochen das Unwetter mit hohen Niederschlagsmengen stattgefunden habe. Deshalb sei seine Frage, ob die Stadt zwischenzeitlich diesen Aspekt in ihre Überlegungen aufgenommen habe. Bei hohen Niederschlagsmengen und großen versiegelten Flächen habe man beim letzten Ereignis gesehen, was passieren könne. Er möchte wissen, ob die Stadt dazu Überlegungen angestellt habe.

Herr Thomas Schäfer meldet sich und teilt mit, dass er ebenfalls betroffener Anwohner sei und eine Verständnisfrage zur Vorlage bezüglich des Flächennutzungsplanes habe. Er fragt, ob in diesem Stadium keine Umweltbelange berücksichtigt werden. Schließlich sei ein Landschaftsschutzgebiet betroffen. Es gehe hier um Umwidmung eines Landschaftsschutzgebietes in ein Gewerbegebiet. Die Frage sei, ob es üblich sei, dass solche Dinge in einem so frühen Stadium nicht berücksichtigt werden.

Bürgermeister König kündigt an, dass Technischer Beigeordneter Dicke gleich das Verfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes erläutern werde. Zur angesprochenen Frage der Flächenversiegelung teilt Herr König mit, dass er während des Unwetters und der Überschwemmungen im Stadtgebiet vor Ort gewesen sei. Er bekräftigt, dass der Hochwasserschutz eine große Rolle spiele und erwähnt, dass im Zuge der Erschließung des Gewerbegebietes Hochsauerland unterhalb der Straße B 511 ein großes Regenrückhaltebecken gebaut worden sei. Er könne sich das auch für das Gewerbegebiet "Donscheid" vorstellen. Davor stehe die Frage der Versiegelung. Das alles seien Fragen, die im Rahmen der Beteiligung der Behörden gestellt werden. Das gelte auch für die Frage eines möglichen Eingriffs in die Landschaft. Beteiligt werden u. a. die Untere Landwirtschaftsbehörde, Naturschutzbehörde und Wasserbehörde. Und im Verfahren gebe es auch eine intensive Bürgerbeteiligung. Die Ergebnisse dieser Beteiligungen fließen dann im weiteren Verfahren in den Abwägungsprozess ein und werden den Ausschüssen und dem Rat vorgelegt.

Herr Dicke erläutert anschließend ausführlich anhand des nachfolgenden Schaubildes das Verfahren eines Bebauungsplanes, von dem Aufstellungsbeschluss bis zum Beschluss des Bebauungsplanes.



Herr Dicke macht dabei deutlich, dass man sich bezüglich des Gewerbegebiets "Donscheid" zurzeit im ersten Verfahrensschritt des Aufstellungsbeschlusses befinde. Die Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden werde im nächsten Schritt erfolgen. Nach den verschiedenen Beteiligungsverfahren erfolge stets die sog. Abwägung. In dem Verfahren befassen sich die politischen Gremien drei Mal mit dem Thema.

Herr König informiert, dass in Erwägung gezogen werde, den Prozess des Bebauungsplanes noch um einen Prozess zur Gestaltungssatzung zu ergänzen. An dem Schaubild werde deutlich, das im Laufe des Verfahrens immer mehr Informationen gewonnen werden. Aber heute brauche man erstmal das "Go" des Rates, um das Verfahren starten und die Entwürfe unter Beteiligung der Behörden erarbeiten zu können bis zur letztendlichen Frage, ob es einen Bebauungsplan gebe oder nicht.

Frau Simone Rager meldet sich zu Wort und stellt sich als Anwohnerin vor. Sie formuliert die Frage, ob sich der Rat im Klaren sei, was er den Anwohnern antue und ob die Anwesenden eine Vorstellung davon haben, was es bedeute, auf ein Gewerbegebiet zu gucken. Da wo sie wohne, das sei ein Wohngebiet. Sie fragt, ob jemand der Anwesenden im Schieferweg wohne. Denen die dort wohnen, werde etwas genommen. Ein Gewerbegebiet solle nicht da entstehen, ob viele Menschen drauf schauen. Das mache sie wütend und das mache auch etwas mit den Menschen in Bad Fredeburg.

Herr Carmesin stellt die Frage, ob es möglich bzw. sinnvoll sei, die Punkte heute gar nicht zur Abstimmung zu stellen, sondern erst das Vorhaben in einer Bürgerversammlung vorzustellen, so dass vor einem Aufstellungsbeschluss eine breite Information der Bürgerschaft gegeben sei. Für das politische Klima sei es wichtig, im Gespräch zu bleiben. Ansonsten habe er die Befürchtung, dass die Stadt mit dem Verfahren anfangs, sich aber nicht über die Ziele verständigt habe. Es halte es für sinnvoll, die Bürger vorher, ohne dass bereits Pflöcke eingeschlagen wurden, zu beteiligen und diese Ergebnisse einfließen zu lassen. Dass ein begonnenes Verfahren eingestellt werde, sei die geringste Wahrscheinlichkeit. Es gehe um eine Wartezeit von vier Wochen.

Herr König stellt fest, dass dies eine Frage an den Rat sei und dieser das gleich unter TOP 2 und 3 diskutieren könne. Er verdeutlicht nochmals, dass die Fragen Zufahrt, Entwässerung, Natur- und Landschaftsschutz im weiteren Verfahren angesprochen werden. Man stehe erst ganz am Anfang. Er glaube aber schon, dass sich Schmallenberg - und damit meine er das gesamte Stadtgebiet - gewerblich weiterentwickeln müsse. Er gibt zu bedenken, dass in der weiteren Diskussion auch das Thema Schaffung von Lehrstellen als Argument Berücksichtigung finde.

Auf die Nachfrage von Herrn Thomas Schäfer teilt Herr König mit, dass bisher keine Fördermittel geflossen oder bewilligt worden seien.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

TOP 2	41. Änderung des Flächennutzungsplanes, Stadtteil Bad Fredeburg Änderung von "Fläche für die Landwirtschaft" in "Gewerbliche Bau- fläche" im Bereich "Donscheid" mit Separierung von Ausgleichsflächen (im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des Bebau- ungsplanes Nr. 173 "Donscheid") - Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB	X/211
--------------	--	--------------

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Bezirksausschuss Bad Fredeburg und im Technischen Ausschuss.

Herr Winkelmann führt aus, dass die Details und Sachfragen bereits in den Ausschüssen diskutiert worden seien. Mit dem Beschlussvorschlag könne man heute ergebnisoffen in das Verfahren einsteigen und prüfen, was machbar sei. Den Beschluss noch vier Wochen aufzuschieben, halte er nicht für richtig. Er spricht sich dafür aus, mit dem heutigen Aufstellungsbeschluss in ein demokratisches Verfahren einzusteigen, das ergebnisoffen sei.

Herr Weber erklärt, dass sich die UWG-Fraktion gegen das Projekt aussprechen werde. Er weist auf den Bad-Status von Bad Fredeburg hin und ist der Meinung, dass man nach Fertigstellung der Umgehungsstraße in Bad Fredeburg kreativ werden könne. Das verbaue man sich, wenn man jetzt ein Gewerbegebiet errichte. Er spricht sich dafür aus, das Gewerbegebiet in Richtung Heiminghausen weiter zu entwickeln.

Herr Meyer stellt dar, dass man wisse, dass jeder Hang in Bewegung sei. Das habe anthropogene Ursachen. Ihm liege eine Dissertation zu diesem Thema vor und er sei besorgt hinsichtlich entstehender Spannungen am steilen Berg. Es sei die Frage, ob das an der Stelle verantwortbar sei und ob man nicht auf die Idee kommen könnte, dort einen Wald anzupflanzen. Zur "Kurstadt" Bad Fredeburg sei immer gesagt worden, dass der Ort überwiegend touristisch genutzt werde. Er habe die Befürchtung, dass der Bad-Status aberkannt werde. Die B'90/Die Grünen-Fraktion könne sich schon mit der Idee nicht anfreunden.

Herr König weist darauf hin, dass all diese Fragen im laufenden Verfahren behandelt werden. Deshalb gebe es ja die breite Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.

Frau Roßwinkel führt aus, dass sie sich keine Sorge mache, dass ihre Kinder keinen Ausbildungsplatz bekommen. Sie habe eher Angst um ihren Arbeitsplatz in einer Reha-Klinik in Bad Fredeburg, da Patienten und Gäste zu Erholungszwecken nach Bad Fredeburg kommen.

Herr Ewers kündigt Enthaltung der BFS-Fraktion an, weil die Bürger vorher nicht informiert worden seien. In seiner Brust schlagen zwei Herzen, zum einen sei das Gewerbegebiet gut für das Gewerbe bzw. die Industrie und zum anderen gebe es die Sicht der Bürger, die bisher nicht beteiligt worden seien.

Herr Vollmer spricht die für den 24.09.2021 vorgesehene Bürgerversammlung in Bad Fredeburg an. Er regt an, den Startschuss zu verschieben und den Aufstellungsbeschluss mit dem Ergebnis aus der Bürgerversammlung in vier Wochen zu fassen. Heute würde sich die SPD-Fraktion enthalten. Er empfehle, die Bürgerversammlung abzuwarten und den Punkt in der nächsten Ratssitzung noch einmal zu beraten.

Herr Schauerte schließt sich den Ausführungen von Herrn Carmesin unter TOP 1 und Herrn Vollmer an. Er stellt seine Meinung dar, im Sinne der Bürger zu entscheiden. Weitere Gewerbeflächen könne man durch eine Erweiterung des Gewerbegebietes Hochsauerland entwickeln.

Herr Meyer gibt zu bedenken, dass, wenn eine Mehrheit der Bürger in Bad Fredeburg das Gewerbegebiet am "Donscheid" nicht wolle, dies schon Auswirkungen auch auf einen Aufstellungsbeschluss habe. Wenn eine Verschiebung des Beschlusses keine Mehrheit finde, beantrage er für die heutige Beschlussfassung namentliche Abstimmung.

Einwendungen gegen eine namentliche Abstimmung werden nicht erhoben.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, trägt Bürgermeister König vor der namentlichen Abstimmung den Beschlussvorschlag vor.

Für den Beschlussvorschlag stimmen die Ratsmitglieder

Dietmar Albers	Hubertus Heuel
Hans-Georg Bette	Maike Ochsenfeld
Markus Bette	Luca Putzu
Michael Eiloff	Bernd Schrewe
Michael Franke	Andreas Schulte
Annette Gerbe	Hubert Stratmann
Alexander Gödeke	Friedrich Freiherr von Weichs
Hubertus Guntermann	Jens Winkelmann
Marco Guntermann	Bürgermeister Burkhard König

Gegen den Beschlussvorschlag stimmen die Ratsmitglieder

Horst Broeske	Hannah Roßwinkel
Dr. Thorsten Conze	Roman Schauerte
Angela Degner	Günter Schütte
Dieter Eickelmann	Daniel Sztul
Hartmut Fust	Dietmar Weber
Jürgen Meyer	Stefan Wiese

Der Stimme enthalten sich die Ratsmitglieder

Ulrich Cater	Johannes Müller
Rudolf Ewers	Stefan Vollmer

Damit hat die Stadtvertretung mit 18 Ja-Stimmen und bei 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

Für das im Übersichtsplan Anlage 3 zur Verwaltungsvorlage abgegrenzte Areal im Bereich "Donscheid", Stadtteil Bad Fredeburg, fasst die Stadtvertretung Schmallenberg gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den verfahrenseinleitenden Beschluss zur Aufstellung bzw. Durchführung der 41. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP).

Ziel der Maßnahme ist die Herbeiführung des vorbereitenden Bauplanungsrechts für die südliche Erweiterung des bestehenden gleichnamigen Gewerbegebietes, um das weitgehend ausgeschöpfte städtische Angebot an gewerblich nutzbaren Flächen auf mittelfristige Sicht zu ergänzen.

Im Rahmen der 41. FNP-Änderung ist im Plangebiet die bestehende Darstellung "Fläche für die Landwirtschaft" insoweit in "Gewerbliche Baufläche" gem. § 1 Abs. 1 Nr. 3 Baunutzungsverordnung zu ändern, wie es sich um später tatsächlich entsprechend zu nutzende Bereiche handelt. Die sich in diesem Zuge im Plangebiet topografiebedingt ergebenden Böschungsf Flächen sind gem. § 5 Abs. 2 Nr. 10 BauGB als "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft" darzustellen. Gem. § 5 Abs. 2a BauGB sind diese "(Ausgleich-)Flächen im Sinne des § 1a Abs. 3 BauGB" den vg. gewerblichen (Eingriffs-)Flächen im Weiteren zuzuordnen.

Dieses Vorgehen ist im Plangebiet auch auf den Bereich bereits dargestellter, aber bislang noch nicht in Anspruch genommener gewerblicher Baufläche anzuwenden.

Die Durchführung der 41. FNP-Änderung wird im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 173 "Donscheid" betrieben.

**TOP 3 Bebauungsplan Nr. 173 "Donscheid", Stadtteil Bad Fredeburg
(Aufstellung im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur 41. FNP-
Änderung)
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB X/276**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Bezirksausschuss Bad Fredeburg und im Technischen Ausschuss.

Auch zu diesem Punkt beantragt Herr Meyer namentliche Abstimmung. Einwendungen dagegen werden nicht vorgetragen.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, trägt Bürgermeister König vor der namentlichen Abstimmung den Beschlussvorschlag vor.

Für den Beschlussvorschlag stimmen die Ratsmitglieder

Dietmar Albers	Hubertus Heuel
Hans-Georg Bette	Maike Ochsenfeld
Markus Bette	Luca Putzu
Michael Eiloff	Bernd Schrewe
Michael Franke	Andreas Schulte
Annette Gerbe	Hubert Stratmann
Alexander Gödeke	Friedrich Freiherr von Weichs
Hubertus Guntermann	Jens Winkelmann
Marco Guntermann	Bürgermeister Burkhard König

Gegen den Beschlussvorschlag stimmen die Ratsmitglieder

Horst Broeske	Hannah Roßwinkel
Dr. Thorsten Conze	Roman Schauerte
Angela Degner	Günter Schütte
Dieter Eickelmann	Daniel Sztul
Hartmut Fust	Dietmar Weber
Jürgen Meyer	Stefan Wiese

Der Stimme enthalten sich die Ratsmitglieder

Ulrich Cater	Johannes Müller
Rudolf Ewers	Stefan Vollmer

Damit hat die Stadtvertretung mit 18 Ja-Stimmen und bei 12 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen mehrheitlich folgenden Beschluss gefasst:

Für das im Übersichtsplan Anlage 4 zur Verwaltungsvorlage abgegrenzte Areal im Bereich "Donscheid", Stadtteil Bad Fredeburg, fasst die Stadtvertretung Schmallenberg gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den verfahrenseinleitenden Beschluss zur Aufstellung eines gem. § 30 Abs. 1 BauGB qualifizierten Bebauungsplanes Nr. 173 "Donscheid".

Ziel der Maßnahme ist sowohl die planungsrechtliche, den aktuellen Gegebenheiten angepasste Absicherung und Weiterentwicklung des bestehenden Gewerbegebietes als auch die Schaffung entsprechenden verbindlichen Bauplanungsrechts für dessen südliche Erweiterung, um das weitgehend ausgeschöpfte städtische Angebot an gewerblich nutzbaren Flächen auf kurz- und mittelfristige Sicht zu ergänzen.

Im Hinblick auf die Reduzierung gewerbegebietstypischer Negativauswirkungen auf den historisch bedeutsamen Ortskernbereich und den Kurgebietsstatus von Bad Fredeburg wird

die begleitende Erarbeitung einer Gestaltungssatzung für das Bebauungsplangebiet beschlossen.

Die Aufstellung des Bebauungsplanes wird im Parallelverfahren gem. § 8 Abs. 3 BauGB zur 41. Änderung des Flächennutzungsplanes betrieben.

Der verfahrensrechtlich nicht umgesetzte Neuaufstellungsbeschluss für den seinerzeit unter der Nr. 70 laufenden und räumlich abweichend, insbes. ohne südliche Erweiterung abgegrenzten Bebauungsplan "Donscheid" vom 10.04.2003 wird aufgehoben.

TOP 4 Bebauungsplan Nr. 28 c "Weißer Stein I" - Teilabschnitt 3, Stadtteil Bad Fredeburg - 3. (vereinfachte) Änderung
- Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB
- Offenlagebeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB **X/247**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Bezirksausschuss Bad Fredeburg und im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung Schmallenberg fasst für den in der Anlage 4 zur Verwaltungsvorlage abgegrenzten Teilbereich des Bebauungsplanes Nr. 28c "Weißer Stein I" – Teilabschnitt 3 im Ortsteil Bad Fredeburg gem. § 2 Abs. 1 i.V.m. § 13a Baugesetzbuch (BauGB) den Aufstellungsbeschluss für dessen 3. Änderung.

Zielsetzung der Planungsmaßnahme ist die Herbeiführung einer wohnbaulichen Innenverdichtung zur Milderung des bestehenden Wohnbauflächen-Nachfragedrucks. Zu diesem Zweck ist die Aufgabe einer nicht (mehr) benötigten, seit Jahren ungenutzten innerörtlichen Grünfläche und deren umgebungskonforme Umplanung in Richtung einer allgemeinen Wohngebietsbaufläche beabsichtigt.

Die Planungsmaßnahme erfüllt die Kriterien des § 13a Abs. 1 Nr. 1 BauGB, womit sie verfahrensrechtlich als "Bebauungsplan der Innenentwicklung" abzuwickeln ist. Demgemäß ist im Rahmen der Aufstellung ortsüblich bekannt zu machen, dass der Plan im vereinfachten/beschleunigten Verfahren gem. § 13 BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt wird, und wo und wann sich die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke der Planung sowie ihre wesentlichen Auswirkungen unterrichten und ggfs. eine Stellungnahme dazu abgeben kann. Gem. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB wird von der Option Gebrauch gemacht, von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach den §§ 3 Abs. 1 und 4 Abs. 1 BauGB abzusehen und gem. § 13 Abs. 2 Nr. 2 u. 3 BauGB die Beteiligung der Öffentlichkeit und der berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange im Rahmen einer Offenlage gem. § 3 Abs. 2 i.V.m. § 4 Abs. 2 BauGB vorzunehmen (Offenlagebeschluss gem. § 3 Abs. 2 BauGB).

TOP 5 Sachstandsbericht zu Projekten der REGIONALE 2025 und zu LEADER
X/261

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Die Stadtvertretung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

TOP 6 LEADER-REGION "4 mitten im Sauerland"; Förderperiode 2023-2027
X/279

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt, dass sich die Stadt Schmallenberg mit den Kommunen Bestwig, Eslohe und Meschede wieder als LEADER-Region für die neue LEADER-Förderphase 2023-2027 bewirbt. Im Falle einer Förderzusage sind die anteiligen Kosten des Regionalmanagements während der gesamten Förderperiode zu tragen und in den jeweiligen Haushaltsjahren bereitzustellen.

TOP 7 Antragstellung in verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes
X/262

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss und im Haupt- und Finanzausschuss.

Herr Plett und Herr Dicke erläutern den Punkt.

Herr Meyer führt aus, dass die Anschaffung von Luftfiltern für Klassenräume damals abgelehnt worden sei, da es nur wenige schlecht zu lüftende Räume gegeben habe. Er möchte wissen, was das bedeutet und fragt nach der Definition von "schlecht belüfteter Raum". Außerdem denke er, dass die in der Vorlage genannte Anzahl von 20 zu wenig sei.

Herr Plett teilt mit, dass die Anschaffung von corona-gerechten Luftfiltern gefördert werde für Räume, in denen ein Fenster nur auf Kipp oder gar nicht geöffnet werden könne. Herr König ergänzt, dass sich Herr Rickert die Räume noch einmal angesehen habe. Unter Berücksichtigung von Räumen auch in Kindergärten sei inzwischen eine Anzahl von 24 - 25 Luftfiltern ermittelt worden.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, für die in der Vorlage (Tabelle 1) beschriebenen Projekte Zuwendungsanträge in den aufgeführten Förderprogrammen zu stellen.

TOP 8 Hochwasserereignis am 14. / 15. Juli 2021
- Sachstandsbericht und Bereitstellung überplanmäßiger Haushalts-
mittel
X/263

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn Dicke erläutert. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Herr König informiert über das vom Bund geplante Förderprogramm zum Wiederaufbau. Details dazu seien für den 13.09.2021 in Form von Förderrichtlinien angekündigt. Er hoffe, dass bis zur nächsten Ratssitzung über Einzelheiten informiert werden könne. Auf Nachfrage von Herrn Broeske, ob die Förderung auch Maßnahmen für die Zukunft abdecke, antwortet Herr König, dass Ministerin Scharrenbach mitgeteilt habe, dass es um die Behebung von Schäden gehen werde.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Ausführungen der Vorlage werden zur Kenntnis genommen. Zur Instandsetzung der Schäden an städtischer Infrastruktur werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 300.000 € bereitgestellt.

TOP 9 Sonnenschutzanlagen Schulzentrum Schmallenberg
a) Beschlussfassung über das Bauprogramm im Rahmen des Förder-
programms Klimaresilienz
b) Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung
X/277

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Technischen Ausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung beschließt für die Maßnahme Erneuerung der Sonnenschutzanlage am Schulzentrum Schmallenberg die Bereitstellung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 375.000 €.

TOP 10 Überörtliche Prüfung der Stadt Schmallenberg durch die Gemeinde-
prüfungsanstalt NRW
X/273

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage, der der Prüfbericht der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) beigelegt ist, dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Rechnungsprüfungsausschuss.

Herr Eickelmann nimmt Bezug auf den umfangreichen Bericht der GPA und hebt die Leistung der Verwaltung und des Rates hervor. Die Stadt sei gut aufgestellt und der Bericht falle überwiegend positiv aus. Wenn man auf die Beanstandungen schaue, erkenne man Nachholbedarf beim Jugendamt, bei der Bauaufsicht und beim Vergabewesen. Nachdem die GPA der Stadt insgesamt ein positives Ergebnis bescheinigt habe, moniere sie, dass einige Kennzahlen nicht gemessen werden können. Dies finde er eine ein wenig merkwürdige Formulierung. Er habe festgestellt, dass im Controllingbereich noch einiges zu tun sei, insbesondere in den Bereichen Bauaufsicht und Vergabewesen. Die Abweichung der Ist-Zahlen von den Soll-Zahlen im Baubereich lasse sich vielleicht durch ein Bau-Controlling vermeiden. Die Stellungnahme des Bürgermeisters finde er zu unverbindlich formuliert; er vermisse klare Termine und Verantwortlichkeiten sowie eine to-do-Liste des Bürgermeisters, wer bis wann was zu erledigen habe.

Herr König berichtet, dass im Jugendamt gerade die angesprochene Software eingeführt werde. Bei der Erfassung der gewährten Leistungen in jeder Hilfeart seien in Schmallenberg jedoch die Fallzahlen so niedrig, dass aufgrund dessen ein Überblick behalten werde. Verfolgt werde dies über eine Excel-Liste. Die GPA sehe das anders, da die Excel-Liste nicht in den Kennzahlenvergleich der GPA passe. Die Verwaltung werde prüfen, was angesichts des hohen Aufwandes umsetzbar sei.

Zum Thema Bau-Controlling teilt Herr Dicke mit, dass die Verwaltung dieserhalb Kontakt zu Fachleuten aufgenommen und die Auskunft erhalten habe, dass die Büros erst ab Baumaßnahmen von 2 Mio. € anfangen. Deshalb habe die Verwaltung zunächst Abstand davon genommen. Bezüglich der Bauaufsicht sei die Verwaltung mit dem HSK auf dem Weg der Digitalisierung.

Herr König informiert, dass der Rechnungsprüfungsausschuss die Beschlussempfehlung dahingehend ergänzt habe, dass die Verwaltung beauftragt wird, bis zur nächsten Sitzung den Rechnungsprüfungsausschuss über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses trägt Herr Weber die der Niederschrift als Anlage 1 beigefügte Unterrichtung des Rates gem. § 105 Abs. 6 GO NRW über das Ergebnis der Beratungen im Rechnungsprüfungsausschuss vor.

Bei einer Enthaltung einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt das Beratungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses zur Kenntnis und beschließt die in der Stellungnahme des Bürgermeisters genannten Vorschläge zu den einzelnen Feststellungen und Empfehlungen. Die Verwaltung wird beauftragt, diese entsprechend umzusetzen und den Rechnungsprüfungsausschuss in der nächsten Sitzung über den Stand der Umsetzung zu informieren.

TOP 11 Jahresabschluss 2020
a) Feststellung des Jahresabschlusses
b) Verwendung des Jahresergebnisses
c) Entlastung des Bürgermeisters gem. § 96 Abs. 1 GO NRW X/249

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt und werden von Herrn Plett kurz erläutert.

Der Jahresabschluss sowie der Bericht des Rechnungsprüfungsamtes des Hochsauerlandkreises über die Durchführung der örtlichen Rechnungsprüfung für das Haushaltsjahr 2020 und der Bericht der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Rödl & Partner über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2020 nebst Anhang und Lagebericht waren bereits Gegenstand der Vorberatungen im Rechnungsprüfungsausschuss.

Ausschussvorsitzender Weber berichtet aus der Beratung im Rechnungsprüfungsausschuss, trägt die der Niederschrift als Anlage 2 beigefügte Stellungnahme des Rechnungsprüfungsausschusses gem. § 59 Abs. 3 GO NRW zur Prüfung des Jahresabschlusses der Stadt Schmallenberg zum 31.12.2020 vor und bittet den Rat um Entlastung des Bürgermeisters für das Haushaltsjahr 2020.

Die Stadtvertretung fasst in gemeinsamer Abstimmung zu 1.1 und 1.2 und separater Abstimmung zu 1.3 jeweils einstimmig folgende Beschlüsse:

- 1.1 Der Rat der Stadt Schmallenberg stellt die Bilanz zum 31.12.2020 mit der ausgewiesenen Bilanzsumme von 234.336.053,30 € sowie die Ergebnisrechnung 2020 mit dem ausgewiesenen Jahresüberschuss von 4.453.768,06 € fest und genehmigt die in der Anlage zur Vorlage dargestellten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen bzw. nimmt diese zur Kenntnis.
- 1.2 Der Rat beschließt, den Jahresüberschuss mit 2.139.372,28 € der Allgemeinen Rücklage und mit 2.314.395,78 € der Ausgleichsrücklage zuzuführen.
- 1.3 Die Ratsmitglieder erteilen dem Bürgermeister Entlastung für das Haushaltsjahr 2020.

Bürgermeister König hat bei der Beschlussfassung zu 1.3 gem. § 40 Abs. 2 letzter Satz GO NRW nicht mitgestimmt.

TOP 12 Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2021 X/252

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Anhand der bereits im Haupt- und Finanzausschuss gezeigten Präsentation erläutert Herr Plett in komprimierter Form nochmals den Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltsplanes 2021 zum Stand 26.08.2021.

Die Stadtvertretung nimmt den Zwischenbericht zur Ausführung des Haushaltes 2021 zur Kenntnis.

**TOP 13 Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen
1. HJ 2021 X/265**

Die im 1. Halbjahr 2021 entstandenen über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen sind in der Vorlage dargestellt. Der Punkt war bereits Gegenstand der Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung nimmt die in der Anlage zur Vorlage aufgeführten über- und außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 12.909,06 € zur Kenntnis und genehmigt die beschriebenen außerplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 40.000,00 €.

TOP 14 Nachbesetzung im Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur X/260

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Die Stadtvertretung bestellt für den Ausschuss für Bildung, Sport, Soziales und Kultur Herrn Reiner Krähling als Stellvertreter für das Ausschussmitglied Birgit Schütte.

**TOP 15 Ersatzbestellung eines Vertreters für die Gesellschafterversammlung
der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Hochsauerlandkreis mbH (WFG) X/257**

Sachverhalt und Begründung sind in der Vorlage dargestellt.

Einstimmiger Beschluss der Stadtvertretung:

Mit Aufhebung der Ratsbeschlüsse vom 03.11.2020 und 15.12.2020 bestellt die Stadtvertretung folgende Personen für die **Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft des Hochsauerlandkreises (WFG)** als

Vertreter	Stellvertreter	Vorschlag
Stadtamtsrat Holger Entian	Bürgermeister Burkhard König	
Jens Winkelmann	Hans-Georg Bette	CDU

Katja Lutter	Michael Franke	CDU
--------------	----------------	-----

sowie für den **Aufsichtsrat der WFG** als

Vertreter	Stellvertreter	Vorschlag
Technischer Beigeordneter Andras Dicke	Stadtverwaltungsrat Andreas Plett	

TOP 16 Verschiedenes

TOP 16.1 Städtische Internetseite und SchmallenbergApp

Bürgermeister König nimmt Bezug auf die in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 26.08.2021 von Herrn Eickelmann gestellte Frage zum Stand der Umsetzung der Schmallenberg App und teilt mit, dass die für diese Ratssitzung zugesagte Beantwortung urlaubsbedingt auf die nächste Ratssitzung verschoben werden müsse.

In diesem Zusammenhang erinnert Herr Schauerte an den von der Die PARTEI-Fraktion gestellten Antrag zur Schaffung einer Planstelle Digitalität in der Verwaltung der Stadt Schmallenberg vom 12.07.2021. Er hoffe, dass demnächst eine Fachkraft hier die Fragen beantworten könne.

TOP 16.2 Anschaffung von Luftfiltern für Schulen und Kindergärten

Herr Meyer nimmt Bezug auf TOP 7 ö. T. und fragt, ob angedacht sei, auch die Kindertagesstätte grundsätzlich mit Luftfiltern auszustatten mit Mitteln aus dem Haushalt der Stadt.

Herr König teilt mit, dass für Schulen und Kindergärten gelte, dass für Räume der Kategorie 1 Luftfilter nicht vorgesehen seien. Es habe eine Videokonferenz mit Ministerin Scharrenbach gegeben. Einstimmiges Votum aus dieser Konferenz sei gewesen, nicht in die Ausstattung dieser Räume mit Luftfiltern einzusteigen. Gesagt worden sei, dass über regelmäßiges Lüften der Infektionsschutz sichergestellt sei. Es sei die Empfehlung aller Bürgermeister und Landräte in dieser Konferenz gewesen, nicht in eine Ausstattung der Räume der Kategorie 1 mit Luftfiltern einzusteigen.

TOP 16.3 "Re-Start"-Kampagne (Corona-Gutscheinaktion für die von den Schließungsverfügungen im Zusammenhang mit der Pandemie betroffenen Schmallenger Betriebe)

Herr Meyer fragt nach der Anzahl der bisher eingelösten Gutscheine, für die in den Betrieben nicht die 25 € gezahlt wurden.

Herr König teilt mit, dass der Verwaltung Informationen hierzu nicht vorliegen. Er verweist auf die vielen Fälle, in denen in den Geschäften mehr als 25 € pro Gutschein gezahlt werden.